

Diezener Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Lahn-Bote.)

(Kreis-Zeitung.)

Verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 154.

Diez, Montag, den 12. Juli 1920.

26. Jahrgang.

Politische Wochenschau.

Eine Wiederaufbaupolitik in Deutschland wird erst dann möglich sein, wenn das Ergebnis von Spa und die Verpflichtungen, die uns dort auferlegt werden, als feste Posten in jeder deutsche volkswirtschaftliche und politische Rechnung angenommen werden können. Bis dahin war jede Aufbaupolitik lediglich ein Abtaufen von Möglichkeiten. Allerdings werden niemals Konferenzbeschlüsse, ebenso wenig wie Parlamentsreden die großen Fragen der Zeit lösen. Auch Spa wird nicht endgültige Lösung sein, sondern nur Richtlinien geben. Vielleicht werden militärische und andere Ereignisse im nahen und fernen Osten, die voller Gewitterwolken sind, sehr bald den kümmerlichen Rest der europäischen Kräfte zu einem Zusammenschluß zwingen.

Spa warf seine Schatten einmal auf das Programm unserer Regierung, dann aber auch über die Tätigkeit des Reichstages. Die Unabhängigen stellten sich von vornherein auf den östlichen Boden, außerhalb der demokratischen Verfassung und damit auch außerhalb der politischen und wirtschaftlichen Struktur Europas. Mit diesen östlichen politischen Tendenzen, die sich bei den deutschen Unabhängigen paaren, hat nicht nur jede deutsche Regierung, sondern auch jede Maßnahme unserer Gegner zu rechnen, da alle Staaten Europas diesen Vorkurs des östlichen Sozialismus im Blutkreislauf haben. Als der Reichstag sich am 6. Juli vertagte, hatte er einem Regierungsprogramm des Ausbaus auf bürgerlicher Grundlage zugestimmt, das im wesentlichen rein wirtschaftlich und nicht parteipolitisch orientiert, und auf Abbau der Klassengegensätze gerichtet ist. Mit diesem Programm ging Reichstagspräsident Brüning nach Spa, voll ehrlichen Willens. Aber in Spa knatterten zunächst die Einladungen gegenständlicher Völk. Bereits auf der Finanzkonferenz in Brüssel war es zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen. Ueber die finanziellen Forderungen an Deutschland wurde keine Einigung erzielt und eine sehr patetische Ansprache Lloyd George und Millersands erwies kläglich die Gegensätze. Es war ein historischer Augenblick, als in Spa am 5. Juli, vormittags um 11 Uhr in der Villa de la Reine die Vertreter des Feindbundes mit Ausnahme von Amerika und die deutschen Bevollmächtigten sich an einen aufreißenden Tisch setzten. Die Versailles Politik war damit erledigt, es wurde von Mund zu Mund verhandelt, aber gleich am ersten Tage gab es eine Krise. Die Entente verlangte zunächst eine Besprechung der deutschen Abfertigung, während in den letzten Tagen nach und nach erklärt worden war, daß eine Diskussion darüber nicht mehr stattfinden, sondern Deutschland sein Heer auf 100.000 Mann herabsetzen müßte. Der deutsche Reichswehrminister Weiser konnte daher erst am nächsten Tage zur Stelle sein, aber sein Bericht war gänzlich abseits von den Gedanken der Alliierten, auch Brüning sah keine Rettung durch eine geschickte Rede die Situation nicht. Lloyd George verlangte Tatsachen und Zahlen, konkrete Vorschläge in der Abrüstungsfrage, die der Reichswehrminister nicht zu geben vermochte. In dieser kritischen Lage griff der deutsche Minister des Auswärtigen Simon sehr geschickt ein, und am 7. Juli gab er und General Seeckt den deutschen Vorschlag bekannt: in anderthalb Jahren das deutsche Heer auf 100.000 Mann zu reduzieren, und zwar stufenweise. In der Erörterung streifte unser Außenminister geschickt die Wiederaufbaufrage. Er betonte, auch wir hätten ein Interesse daran, da der Wiederaufbau Europas auch für die deutsche Erzeugung nützlich sei. Lloyd George schlug darauf vor, die deutschen und Ententemilitärs sollten untereinander sich über den Weg der Abrüstung einigen, und somit konnte der nächste Punkt, die Wiedergutmachungsfrage, in Angriff genommen werden.

Die Jahre aus diesem Vorfalle ist sehr beherausgerückt für die zukünftige deutsche Politik. Die Einschleierung der Wirtschaft und die Verwertung jeder Parteipolitik in der Führung der auswärtigen Geschäfte, und hier handelt es sich wirklich um ein Geschäft, ist eine Erkenntnis, der sich niemand verdrängen kann. Selbst stand die deutsche Regierung in Spa in einer tiefen Isolierung. Ob jetzt, da die Waffenablieferung auf Verzicht der Entente erfolgen soll, die den Unabhängigen nahegekommenen Waffen ihre Wirtschinengewehre und Minenwerfer, Feldartillerie und Geschütze, kurzum alle Ausstattungsgegenstände der ersten Armee, die in den Kriegstagen im Ruhrgebiet so wertvoll war, wieder ins Zivilleben zu drücken, ob diese Kreise ihre Waffen abliefern werden, wird die Entscheidungsfrage der nächsten Monate sein. Nachdem die polnische Front im Osten durchdrungen ist, der Bolschewismus bis in das polnische Festungsgebiet von Lublin vordringt, ist es im Gegenteil viel wahrscheinlicher, daß diese Kavalkaden und von Moskau abhängigen Unabhängigen bei einem weiteren Vordringen der Bolschewisten auf eine Karte setzen und Deutschland in Wirren stoßen werden.

Der Zusammenbruch der Polen infolge der russischen Offensive zwischen Duna und Biebr ist neben Spa das wichtigste Ereignis der vergangenen Woche, in seinen Folgen vielleicht wichtiger als die Konferenzbeschlüsse. Die Niederlage der Militärs erreicht wurde, und der polnische Ministerpräsident Pilsudski flüchtete nach Spa, um militärische Hilfe zu erbitten. England hat Hilfe abgelehnt, Frankreich hat nur für Polen getan, als seine Kräfte zuließen. Der Zusammenbruch der Diplopolitik der Entente war schon deutlich, als der letzte Sieg der Bolschewisten reiste. Kräfte nach Moskau zogen. Lloyd George scheint hier tatsächlich der russischen Diplomatie unterlegen zu sein. Und es scheint, als ob in Spa die Schatten der russischen Epoche und des Zusammenbruchs der polnischen Widerstand in allen Berechnungen eine we-

sentlichere Rolle spielen, als offiziell angegeben wird. Denn Deutschland ist tatsächlich jetzt der letzte Wall, gegen den Bolschewismus. Auf seinem Boden liegen Viegeln, wo die Mongolen geschlagen wurden und Tannenberg, wo die Russen halbmondförmigen Blutes, ihren Europa bedrohenden Panislamismus zerbrechen sahen. Der Kampf Europas gegen Asien ist nicht beendet. Der Bolschewismus, die asiatische Form des Sozialismus, und brandet an Europas Mauern. In Spa hecht man über Nebendinge. Mittelschle aber kämpfen auf Versailles Geheiß in Ost und Westkreisen Deutsche am 11. Juli mit dem Stimmzettel für Europa gegen das Sarnamentum.

Die Kriegesbündigten.

Ueber die Sitzung der Konferenz, in der über den Stand des Verfahrens gegen die deutschen Kriegesbündigten gesprochen wurde, wird noch berichtet: Justizminister Heine erklärte: „Gegen alle 45 in der letzten Verbandsliste angeführten Personen hat das Verfahren eingeleitet.“ „Sie sind also verhaftet,“ unterbrach Lloyd George. „Ein Verfahren war bisher nach den deutschen Gesetzen unmöglich, da die vorliegenden Beweise dazu nicht ausreichten waren,“ entgegnete Minister Heine. „Kann man ihren Wohnort?“ fragte Lloyd George. „Von den meisten ist er bekannt,“ antwortete Heine. Sichtlich Eindrücke machte die Erklärung des Ministers Simon, daß die Gerechtigkeit gegen die Verurteilten der internationalen Kriegesgesetze in voller Strenge walten solle. Lloyd George erklärte, er habe durchaus das Vertrauen zu dem höchsten Gericht Deutschlands, daß dessen Richter gerecht urteilen würden. Die Sonderberatung endigte mit dem einstimmig angenommenen Abkommen.

Besprechungen beim Reichspräsidenten.

M. Berlin, 11. Juli. Beim Reichspräsidenten fand heute vormittag eine Besprechung statt, in der die aus Spa zurückgekehrten Mitglieder der Delegation, Minister Gieseler, Staatssekretär Albert und General v. Seeckt, berichteten. Nach allgemeinen Mitteilungen wurden die in Spa getroffenen Vereinbarungen erörtert. Dabei wurde hervorgehoben, daß Lloyd George den Schwerpunkt der Verhandlungen auf die Entwaffnung der Bevölkerung, das heißt also, das Einsammeln der in Händen der Bevölkerung befindlichen Waffen, legte. Die Androhung des Einmarsches in das Ruhrgebiet ist von den Deutschen nicht genehmigt, sondern nur zur Kenntnis genommen worden, nachdem der Reichsminister des Auswärtigen zuvor erklärte, daß eine derartige Klausel dem Friedensvertrag und dem Völkerrecht widerspricht. Die Schlussformel der Unterzeichnung geht insofern nur dahin, daß die deutsche Regierung Kenntnis nehme und versuchen werde, die Bedingungen auszuführen. Lloyd George hatte ausdrücklich anerkannt, daß die Deutschen durch ihre Unterzeichnung der Strafklausel nicht denken. Es wurde weiter festgestellt, daß bei dem Nachdruck, womit die Einsammlung der Waffen von der Entente gemäß dem Friedensvertrag verlangt wird, Deutschland hier alsbald zu einschneidenden Maßnahmen greifen müsse.

Die französische Auffassung.

M. Paris, 10. Juli. Die Pariser Presse zeigt eine einheitliche Auffassung: sie stellt fest, daß die Friedensverhandlungen für die Entwaffnung ein Vorwort für Deutschland sei, und daß sie für Frankreich nur unannehmbar geworden, durch die Androhung einer Ausdehnung der bisherigen Besetzung. Die Pariser Presse des Matin und des Echo de Paris verurteilen, Millersands Erfolg sei unantastbar. Im Monat Februar in London, als er zum erstenmal erklärt habe, man erziehe von Deutschland nichts, ohne Gewalt anzuwenden, habe er nur eine Ablehnung erfahren, einer Monat später in San Remo sei man ihm nur mit Worten entgegengekommen, und als er dann einen Monat später die französischen Truppen in Frankfurt eingeleitet, seien die bekannten englischen Widerstände eingetreten. Heute habe der französische Standpunkt festgelegt, und die Tonart habe sich in Spa geändert. Dieses Ergebnis werde sich nicht auf die Waffenfrage beschränken. Ein entwaffnetes Deutschland müsse seine Kohlen abliefern und sei gezwungen, die vorgeschriebene Wiedergutmachung zu leisten. Man findet in den Worten des französischen Standes wieder. Trotz Millersands Wunsch nach wirtschaftlicher Zusammenarbeit hat sich in Frankreich nichts geändert. Spa bedeutet die Fortsetzung von Versailles.

Kennzeichnend ist auch, was der Temps nach vor der Entscheidung geschrieben hatte: Was sich in Spa abspielte, wäre die „Karte der Entwaffnung“, wenn man Deutschland irgendwie entgegenkomme. Ob man es zugebe oder nicht, die verbündeten Regierungen lägen augenblicklich mit Deutschland und Rußland zu gleicher Zeit im Kampf: mit Deutschland, das nicht abrußen und bezahlen wolle, mit Rußland, das die Polen zurückdränge, und in dessen Krone man die Türkei geworfen habe. Die deutsche und die bolschewistische Gefahr verhäufte sich gegenseitig. Der preussische Generalstab erinnere sich zweier Wendepunkte der Geschichte, bei denen die Revanche ihm schon einmal von Rußland gekommen sei, und werde ermutigt in einem Widerstand durch die Erfolge der neuen Armee und durch die Verlegenheiten der Engländer in Asien. Die Bolschewiken ihrerseits würden ermutigt durch das wirtschaftliche und politische Unbehagen, das der deutsche Widerstand in Europa erhalte. Es gebe nur eine Lösung: die Entwaffnung Deutschlands. Alles hänge davon ab. Wenn man Deutschland nicht entwaffne, bekänden sich alle Völker, die zwischen ihm und Rußland liegen, zwischen zwei Feuern. Das sei eine unhaltbare Lage. Ein Zusammenbruch könne erfolgen, der aus Deutschland entweder die Vorhut des Bolschewismus gegen Westeuropa oder den Schutzwall Westeuropas gegen

den Bolschewismus mache. In beiden Fällen würden die Verbündeten einer schrecklichen Expulsion ausgesetzt. Deutschland entwaffnen, das sei die einzige Lösung. Schließlich erinnert der Temps daran, daß Frankreich nicht wie England durch das Meer geschützt sei.

Spa in der englischen Presse.

M. London, 10. Juli. Die Vorgänge in Spa gewinnen in der Beleuchtung der englischen Berichterstatter vielfach eine besondere Färbung und dramatisch der gestrige Mittwoch ist dafür kennzeichnend. Aus Blättern, auch die vom Schlag der Daily News, bezeichnen die Zahlenangaben des Generals von Seeckt als sensationell. Diernach hatte Deutschland am Ende des Krieges 6 Millionen Gewehre. Es verlor davon während des Rückzuges 1,5 Millionen. An den Verband wurden abgeliefert ebenfalls 1,5 Millionen. Von den übrigen 3 Millionen besitzt die Sicherheitspolizei 117.000, die Einwohnervwehr 600.000 und die Reichswehr 200.000. Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, wir folgen hier dem Bericht des Daily Chronicle, die Einwohnervwehr zu entwaffnen und den Rest der Gewehre binnen Jahresfrist abzuliefern. Die Schwierigkeit liegt nur darin, ihrer habhaft zu werden. Man habe es mit Ueberredung versucht und sie den Besitzern abkaufen wollen. Gewalt sei noch nicht angewandt worden, weil man dies für gefährlich hielt, man werde es aber jetzt versuchen. Was die Maschinenengewehre angeht, so wurden während des Waffenstillstands 25.000 abgeliefert, und 48.000 sind seitdem dem Verband übergeben worden. Die Einwohnervwehr besitzt 6000, die Reichswehr 5000, die Sicherheitspolizei ebenfalls 5000. Zweifellos befindet sich eine Anzahl in den Händen von Privatleuten. Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, binnen Jahresfrist alle Maschinenengewehre abzuliefern, deren sie habhaft werden kann. An Grabenmörsern sind noch 4000 Stück zur Uebergabe vorhanden. Was die Artillerie angeht, so bestritt der deutsche General die Richtigkeit der Zahlen Lloyd Georges und versicherte, daß Deutschland im großen und ganzen seinen Verpflichtungen nachgekommen sei. Nachdem v. Seeckt noch die bekannten Angaben über die deutschen Mannschaftebestände gemacht hatte, zitierte der englische Erste Minister seine Eindrücke dahin zusammen, daß selbst wenn man die deutschen Angaben gelten lasse, eine Million Mann in Deutschland mit Gewehren bewaffnet seien. Während zwei Millionen Gewehre in der Händen der Zivilbevölkerung seien. Der Friedensvertrag gestatte aber nur eine Bewaffnung von 100.000 Mann. Deutschland habe noch 6000 Maschinenengewehre statt der erlaubten 2000, ein Grabenmörser statt der erlaubten 250. Das sei ein Zustand, der im Interesse des europäischen Friedens nicht noch 16 Monate, wie die deutsche Regierung vorschlägt, geduldet werden könne. Man hat dann über diese Zahlen, wie gemeldet wurde, in der Nacht von Mittwoch zu Donnerstag im engsten Kreise der Sachverständigen beraten, ohne zu einer Einigung zu kommen, da die Verbündeten die deutschen Zahlenangaben noch für viel zu niedrig gegriffen erklärten. Am Donnerstag wurde daher den Deutschen einfach die Forderung gestellt, mit Straandrohungen von der Bevölkerung die Herausgabe aller Waffen zu erzwingen und alle im Besitz der Regierung befindlichen Waffen auszuliefern, die über die im Friedensvertrag gewährten Mengen hinausgehen. Die deutschen Vertreter haben sich zur Annahme dieser Forderung entschlossen, am den Bestand der Reichswehr auf 200.000 Mann für die nächsten drei Monate und auf 150.000 Mann für weitere drei Monate erhalten zu können.

Die Zahlen des deutschen Generals dienen Blättern wie der Times natürlich dazu, von einer Entpflichtung des deutschen Militarismus zu reden; ihr Hinweis von einem deutschen Millionenheer, der ihr im Januar von der englischen Regierung so sehr verdacht worden sei, habe jetzt eine glänzende Bestätigung erhalten. Auch das halbamtliche Daily Chronicle spricht von Deutschlands „Himm Willen“. Es ist offensichtlich, daß der in Spa heute die deutsche Regierung das Kriegsgerät nicht abgeliefert, das sie über den Friedensvertrag hinaus besitzt. Aber, nur, um einen neuen Krieg zur Vernichtung dieses Friedensvertrages zu führen. Der Daily Telegraph ist so deutlich und geschmacklos, an der Uniform des deutschen Generals Anstoß zu nehmen, und behauptet, auch Lloyd George sei über den Anstoß empört gewesen und habe dem Deutschen den Rücken gekehrt; die jüngeren alliierten Offiziere hätten sich gewehrt, ihn zu grüßen. Eine verständige Beurteilung entdeckt man nur in der Daily News, wo der bekannte General Maurice die deutschen Zahlen bespricht. Er weist das Gerücht zurück, als habe Deutschland ein Heer von einer Million Mann, denn eine Million Leute, die mit einem Gewehr bewaffnet seien, bilden noch kein Heer. Deutschland könne selbst wenn es wolle, noch nicht in nächster Zeit zu militärischen Operationen ins Feld schreiten. Zumeist meint auch Maurice, daß zubiell Waffen in Deutschland vorhanden seien und daß die einschlägigen Bestimmungen des Friedensvertrages streng durchgeführt werden müßten. Als bezeichnend für die Art der englischen Berichterstattung sei schließlich noch erwähnt, daß wir die folgende Antwort, die Dr. Simon dem Ersten Minister gab, als dieser auf Frankreichs Haltung 1871 hinwies, nur in einem Plätz, und seinen treffenden Hinweis in jenen Zustand, den die englische Regierung die Waffen und nicht abnehmen könne, in keinem englischen Blatt gefunden haben.

Eupen-Malmédy.

M. Berlin, 11. Juli. Die in der Presse wieder-gegebene Note der Friedenskonferenz, in der die deutschen Beschwerden hinsichtlich der Volksbefragung in Eupen und Malmédy als unbegründet bezeichnet wurden, hat die deutsche Regierung, wie wir erfahren, nunmehr beantwortet.

Fortsetzung folgt.

Ein Hundertmillionen-Volk



Verlag: Deutscher Schulbund

Die staatliche Macht Deutschlands war in den Jahrzehnten vor Ausbruch des Krieges zu vorher nie erreichter Größe gewachsen. Wir im Reiche vertrauten ihr blindlings. Vielen, den meisten von uns, schien der Begriff dieses deutschen Staates eins zu sein mit dem Begriff des deutschen Volkes. In berechtigtem Stolz auf Deutschlands Aufstieg, aber in der unberechtigt stolzen Einschätzung, daß die Macht des deutschen Staates allen Möglichkeiten gegenüber fest genug auf sich allein gegründet wäre, verabsäumten wir, uns der starken Macht hinreichend zu versichern, in unsere politische Rechnung diejenige Macht voll einzusetzen, die in der Tatsache lag, daß viele Millionen Deutscher über den ganzen Erdball verstreut lebten.

Sie waren — zum Teil durch eigene, zum größeren Teil durch unsere Schuld — Vergessene. Wie räumlich nah und wie trotzdem so fern waren uns die Millionen Deutscher in Österreich-Ungarn, gar nicht zu reden von den über alle Welt zerstreuten deutschen Volksgenossen, den Millionen in Amerika, in Rußland, die ja — „Ausländer“ waren!

Wo lernte das Schulkind, wo wußte der erwachsene Deutsche, daß es neben den siebenzig Millionen im Reiche dreißig Millionen Deutsche außerhalb der Reichsgrenzen gab? Wo waren die Politiker, wo die Führer unseres Wirtschaftslebens, die diese dreißig Millionen bewußt in den Kreis deutscher Weltbetrachtung gestellt hätten? Wer von uns wußte die Bedeutung und den Einfluß der Deutschen in fremden Staaten richtig einzuschätzen und wer versuchte, diesen Einfluß dienstbar zu machen, um uns andere Völker geistig, wirtschaftlich und politisch nahezubringen? Wer im Reiche bekümmerte sich vor dem Kriege um den Kampf der deutschen Volksgemeinden in der Welt für die Erhaltung ihrer deutschen Art und Sprache?

In Deutschland dachte niemand daran, das deutsche Hundertmillionenvolk in aller Welt zu einer einzigen Gemeinschaft, zu einem einzig Volk von Brüdern innerlich zusammenzuschweißen und so Einflußmöglichkeiten zu schaffen, die weiter gereicht und weniger aufreizend gewirkt hätten als die staatliche Macht des alten Reiches.

Andere Völker haben diese Möglichkeiten besser zu nutzen verstanden als wir. Keines hat sie so resillos erschöpft wie das heimatlose Zwölfmillionenvolk der Juden. Diese, seit Jahrtausenden aus ihrem Stammlande pertrieben, zerstreut und verfolgt, haben sich durch zähes Festhalten an den Hochgütern ihres Volkes, durch gegenseitige Hilfe und vorbildliche Solidarität eine Machtstellung errungen, mit der alle, auch ihre Gegner, rechnen müssen. Mag und soll der einzelne Deutsche hierüber denken, wie er will. Eines aber könnte er gerade aus dem Schicksal der Juden begreifen: höher als der Staat steht das Volk! Wir müssen es lernen, uns als Volk, als Gemeinschaft zu fühlen, wir müssen es wissen, daß auch der Deutsche außerhalb der Grenzen einer von uns ist. Und das alles um so mehr, als die staatliche Macht Deutschlands unter dem Ansturm der Gegner aus allen Erdteilen nach fast fünfjährigem Ringen zusammengebrochen, als Deutschland heute den siegreichen, in machtvoller

Rüstung starrenden Gegnern preisgegeben ist. Große Teile sind vom Reiche losgerissen, Millionen Deutsche sind fremder Herrschaft ausgeliefert worden. Sind sie deswegen nicht Deutsche geblieben?

Die Gegner Deutschlands, die, anders geartet als wir, während des Krieges „Reichsdeutsche“ und „Auslandsdeutsche“, auch wenn letztere Bürger ihres Staates waren, unterschiedslos verfolgten, haben uns unter dem Vorgeben, Recht zu sprechen, einen Frieden aufgezwungen, der uns auf ewig erniedrigen soll. Aber sie sollen sich verrechnet haben. Sie selbst haben uns die Waffen geliefert, deren Anwendung uns auf die Dauer hin als Volk erhöhen kann und muß. Wir im Reiche, im Gefühl und Denken innigst verbunden mit den deutschen Brüdern draußen, müssen diese Waffen — sie heißen Selbstbestimmungsrecht und Minderheitenschutz — nur gebrauchen lernen! Der Wille dazu ist vorhanden. Ein Erwachen geht durch alle Deutschen der Welt. Die Verfolgten und Bedrückten der letzten Jahre fühlen sich, wie einst die Juden, als eine Elendbruderschaft. Der Drang nach Zusammenschluß ist lebendig wie nie zuvor. Zahllos sind die deutschen Vereinigungen, Bünde und Arbeitsgemeinschaften, die überall entstehen. Und das große Ziel, diese Vereine und Gemeinschaften in den verschiedenen Ländern untereinander und zugleich mit dem Volke in der alten Stammesheimat in Verbindung zu bringen, ist erkannt. Seine Verwirklichung ist begonnen. 61 der bedeutendsten Verbände im Inland, im Grenz- und Ausland haben sich zu einem „Deutschen Schutzbund“ zusammengeschlossen, dessen Aufgabe es jetzt ist, den Gedanken der deutschen Volksgemeinschaft auszubreiten und zu vertiefen, die einzelnen Gruppen in enge Beziehungen zu bringen, die Arbeit, die in diese Richtung geht und von verschiedenen Seiten geleistet wird, zu vereinheitlichen und so die vorhandenen Kräfte durch Zusammenfassung zu steigern.

Das Endziel liegt in weiter Ferne. Aber es gibt auch Aufgaben zu erfüllen, die in nächster Nähe liegen. 3 Millionen Deutsche sind im Augenblick in Gefahr, zu ihren Leidensgenossen unter fremde, deutschem Volkstum feindliche Staatshoheit gepreßt zu werden. Sie, über deren Schicksal nach dem Friedensvertrag durch Volksabstimmung entschieden wird, gilt es zu retten, sofort zu retten.

Für den Deutschen Schutzbund hat es eine außergewöhnliche Vertrauensfundgebung bedeutet, daß ihm im Reichsinnern die Arbeiten für die Volksabstimmungen in Schleswig, Ost- und Westpreußen und Oberschlesien übertragen worden sind. Eine ehrenvolle Bestätigung hat dieser Auftrag dadurch gefunden, daß am 16. Dezember vorigen Jahres die Deutsche Nationalversammlung und Preussische Landesversammlung sich mit ihrer ganzen Autorität hinter den Deutschen Schutzbund gestellt haben.

Die Volksabstimmungen, die uns in Versailles aufgezwungen worden sind, sind ein Prüfstein für die politische Reife unseres Volkes. Es geht um unermessliche Werte, materielle wie moralische. Die moralischen kennzeichnet das „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ mit folgenden Sätzen: „Es kann ruhig gesagt werden, daß hier noch einmal um das Ansehen des deutschen Volkes gerungen wird. Zeigt sich bei dieser Abstimmung Flauheit und Gleichgültigkeit, so ist das für die Entente ein sicherer Beweis, daß sie dem deutschen Volke auch fernerhin alles bieten kann.“ Der materielle Wert der Abstimmungsgebiete stellt sich in

folgenden Zahlen dar: Sie haben $3\frac{1}{2}$ Millionen Einwohner, und das Land ernährt nicht nur diese, sondern auch $6\frac{1}{2}$ Millionen Menschen im Reichsinnern.

Aberlegt, was das heißt!

Dazu kommt, daß über die Hälfte aller Kohlenschätze Deutschlands im Schoße Oberschlesiens ruht.

Bedenkt auch, was das bedeutet!

Aber die Abstimmungsgebiete sind nicht nur reiches, sie sind vor allem deutsches Land, durch deutschen Fleiß und Geist blühend und groß, von einer Mehrheit bewohnt, die deutsch ist in Blut, deutsch wenigstens in Sprache und Sitte. Deutsche sind es, die jetzt im Osten vor polnischer Herrschaft, vor Polenhaß und polnischem Elend hängen. Deutsche sind es, die bei alledem voll Vertrauen auf uns im Landinnern blicken. Von hier kann Hilfe kommen, hier sind die Hunderttausende von Stimmen, die die erlösende Entscheidung bringen sollen. Die Stimmberechtigten, übers ganze Reich Verstreuten, wollen kommen und wollen helfen und retten. Aber die große Masse kann nicht kommen, wenn nicht das ganze Volk die Millionen freiwillig zusammenscharrt und trägt, um ihnen Fahrt, Herberge und Wegzehr zu zahlen.

Die ersten Rufe sind nicht ungehört verhallt. Große Geldmittel sind schon beisammen. Und die fernsten Brüder — mit heißem Dank erkennen wir es an — haben die reichste Hilfe geleistet. Aber noch sind wir nicht gerüstet genug, das Werk zu vollenden.

Zehntausende haben wir nach Schleswig geschickt, haben gerettet, was zu retten möglich gewesen. Aber hunderttausend Deutsche wollen in den nächsten Tagen nach Ost- und Westpreußen eilen, um ihre Heimat, um Eltern, Brüder und Schwestern den gierig ausgestreckten Händen der Polen zu entreißen. Die nächsten und billigsten Wege dorthin will der Pole uns verrammeln. Umwege, die ein Vielfaches an Aufwand erfordern, selbst wenn nur die für die deutsche Stimmenmehrheit unerlässliche Zahl von Stimmberechtigten in Marsch gesetzt wird, werden nötig. Aber der Sieg ist uns sicher, wenn dieser Aufwand nicht gescheut zu werden braucht.

Und sind Ost- und Westpreußen gerettet, so entbrennt der heißeste Endkampf um Oberschlesien. Hunderttausende von Helfern in Ost und West, in Nord und Süd des Reiches drängen in die obereschlesische Heimat, wollen stimmen, wollen retten. Will das Hundertmillionenvolk der treuen Schar die Hilfe verweigern, die es zu diesem deutschen Kreuzzug nötig hat? Nimmermehr!

Helft auch Ihr, deutsche Brüder und Schwestern! Ihr habt oft für geringere Ziele geopfert. Greift um des hohen Zieles willen, um das es heute geht, noch einmal in die Tasche. Gebt auch um Euer selbst willen. Die einmalige freiwillige Steuer, die Ihr Euch durch Eure Grenz-Spende auferlegt, — Banken, Sparkassen, jede Postanstalt (Postcheckkonto: Berlin Nr. 73 776) und tausend Tageszeitungen nehmen sie entgegen — bewahrt Euch vor größeren, immer wiederkehrenden Steuern, die der Verlust der deutschen Grenzländer im Osten mit Naturnotwendigkeit zur Folge hätte.

Die erste große, entschlossene Tat, vor die jetzt das ganze Volk gestellt ist, wird dem ganzen deutschen Hundertmillionenvolk über den Einzelerfolg hinaus zum Segen werden!

Deutscher Schutzbund Berlin NW52.
